



Liebe Guatemala-FreundInnen,

mit neuen Beiträgen zu aktuellen Ereignissen in Guatemala melden wir uns zurück. Im Petén wurde nach dem Massaker an 27 TagelöhnerInnen der Ausnahmezustand für dieses Departement verhängt. Ebenso gehen die Übergriffe von paramilitärischen Einheiten auf die im März gewaltsam geräumten Gemeinden im Polochic weiter.

Große Fortschritte konnten in den Fällen der Aufklärung der Verbrechen des Bürgerkrieges gemacht werden: Vier ehemalige hochrangige Militärs konnten für ihre Beteiligung am Massaker in der Gemeinde Dos Erres im Jahr 1982 verurteilt werden. Außerdem konnte erstmals einer der Hauptverantwortlichen des Genozids, General Héctor López Fuentes, verhaftet werden. Schließlich berichten wir auch über den aktuellen Wahlkampf im Land. Die Wahlen werden im kommenden September abgehalten.

Zudem möchten wir euch auf das diesjährige Volksstimmefest aufmerksam machen und heißen euch herzlich am Stand der Guatemala-Solidarität willkommen, wo neben diversen Köstlichkeiten auch genauer über die aktuelle Lage in Guatemala diskutiert werden kann.

Ebenso herzlich wollen wir euch zu einem weiteren Fest einladen, bei dem wir am 8. Oktober im Wiener WUK 30 Jahre Solidarität mit Guatemala in Österreich feiern wollen.

Das Team der Guatemala-Solidarität

Veranstaltungsankündigungen

Volksstimmefest

Wann: 3. und 4. September 2011

Wo: Jesuitenwiese im Prater, Wien

Auch dieses Jahr heißt euch die Guatemala-Solidarität am Volksstimmefest herzlich willkommen und verköstigt mit guatemalteckischen Snacks und Getränken. Daneben kann auch gerne über die aktuelle Konjunktur in Guatemala diskutiert werden.

30 Jahre Guatemala-Solidarität

Wo: WUK, Währingerstraße 59, 1090 Wien

Wann: Samstag, 8. Oktober

18:30: Aufbruch zum Guten Leben, Vortrag von Alberto Acosta (Ecuador) und Diskussion

20:30: WUK-Fiesta, afro-lateinamerikanisches Fest

(beides im Rahmen von "30 Jahre WUK")

Information Spenden Polochic

Im Mai startete die Guatemala-Solidarität einen Spendenaufruf, um die Betroffenen der Räumungen im Polochic-Tal, beinahe 800 Familien aus 14 Gemeinden, unterstützen zu können. Insgesamt konnten 600 Euro gesammelt werden, welche an das Kollektiv Cer-Ixim in Guatemala überwiesen wurden. Diese haben in Zusammenarbeit mit den Organisationen CUC (*Comité de Unidad Campesina*) und FGT (*Fundación Guillermo Torriello*), die auf Grund ihrer Arbeit in der Region enge Beziehungen zu den Gemeinden haben, Nahrungsmittel und Kleidung für die Betroffenen beschafft.

Ausnahmezustand im Petén ausgerufen

Die Lage im Petén hat sich in den vergangenen Monaten deutlich zugespitzt. Neben den zahlreichen geplanten Megaprojekten – Erdölkonzern Perenco, Wasserkraftwerke, Monokulturen, das Tourismusprojekt Cuatro Balam, massive Viehzucht –, einer von Korruption gekennzeichneten Nationalparkkommission (CONAP) und der fehlenden Sicherheit über die Landtitel, haben die Gemeinden mit einer erneuten Remilitarisierung und einer immer deutlicheren Präsenz der Drogenkartelle zu kämpfen.

Am 15. Mai wurde auf der Finca Los Cocos, La Libertad, ein Massaker gegen 27 TagelöhnerInnen verübt. Am Tatort hinterließ die Gruppe Z200, ein Zweig des mexikanischen Kartells der Zetas, Drohbotschaften an den vermeintlichen Besitzer der Finca, Otto Salguera. Nur ein paar Tage vor dem Massaker waren drei Familienmitglieder Salgueras entführt und ermordet worden.

Hinter diesen Gräueltaten wird dessen Verstrickung in Drogengeschäfte vermutet. Nach Berichten der Tageszeitungen soll Salguera einen Kokaintransport der Zetas gestohlen haben.

Präsident Alvaro Colom rief am Tag darauf den Ausnahmezustand für das gesamte Departement aus, der darauf einmal verlängert wurde. Im Juli wollte Colom diesen um einen weiteren Monat ausweiten, allerdings wurde dies im Kongress abgelehnt. Derzeit wurde im Petén der Alarmzustand, der ebenfalls eine Beschränkung bestimmter Rechte vorsieht, verhängt.

Inzwischen wurden zahlreiche mutmaßliche Zetas im Petén und anderen Teilen des Landes festgenommen; darunter werden auch einige der Verantwortlichen dieses Massakers vermutet. Dies kann allerdings nicht von der Tatsache ablenken, dass in weiten Teilen des Landes das organisierte Verbrechen und die Drogenkartelle die Oberhand gewonnen haben. Diverse Quellen sprechen dabei von 40-60% des Territoriums, wobei die Schwäche der Regierung und die Abwesenheit staatlicher Institutionen ausgenutzt werden. In vielen Teilen des Landes haben sie bereits die staatlichen Zuständigkeitsbereiche, wie Erziehung und Gesundheit, übernommen. Als einzige Maßnahmen sieht der Präsident oft nur mehr das Ausrufen von Ausnahmezuständen und die Remilitarisierung des Landes. Der Journalist Andrés Cabanas spricht in einer seiner regelmäßigen Analysen von einer Co-Regierung, in der die tatsächlichen Entscheidungen nicht in den Händen der Regierung, sondern bei den mächtigen Unternehmen liegen.

Zahlreiche VertreterInnen von Gemeinden des Peténs beklagen die extreme Remilitarisierung der Region. In erster Linie sehen sie dadurch ihre Bewegungsfreiheit eingeschränkt und einen Einschüchterungsversuch der gesamten Bevölkerung, insbesondere jener Personen, die sich im Widerstand gegen die eingangs erwähnten Megaprojekte befinden. Des Weiteren äußerten sie, dass eine inoffizielle Ausgangssperre verhängt wurde, da sich ab dem späten Nachmittag auf Grund der hohen Militärpräsenz niemand mehr außer Haus traut. Zudem berichteten sie von zahlreichen Menschenrechtsverletzungen des Militärs gegenüber der einfachen Zivilbevölkerung. Viele fühlen sich durch die hohe Militärpräsenz und die Kontrolle des Heeres in die Jahre des Bürgerkrieges zurückversetzt. Allerdings vermuten sie hinter dem Ausnahmezustand jedoch andere Interessen, in erster Linie die Gewährleistung der Sicherheit der vor Ort ansässigen Unternehmen.

Laut der Internationalen JuristInnenkommission ist das Ausrufen eines Ausnahmezustandes während des Wahlkampfes zudem nicht verfassungskonform. Allerdings wurde in den juristischen Abkommen des Ausnahmezustandes erwähnt, dass die Wahlkampfaktivitäten ohne jegliche Einschränkung fortgeführt werden können.

Trotz heftiger Kritiken gegen das Ausrufen des Ausnahmezustandes sieht die Regierung darin die einzige Maßnahme, um diese Landesteile zumindest scheinbar wieder unter Kontrolle zu bekommen. Die verübten Menschenrechtsverletzungen werden von staatlicher Seite nicht erwähnt und der Wille, tatsächlich an den Ursachen der Gewalt zu arbeiten, ist nicht gegeben.

Zuletzt wurden in der Woche vom 22. August 300 Personen der Gemeinde La Esperanza, im Naturschutzgebiet Sierra Lacandón im Norden des Petén, von Militär- und Polizeieinheiten geräumt und ihr Hab und Gut zerstört. Laut Innenminister Carlos Menocal bestand der Verdacht, dass die Gemeinden Verbindungen mit Drogenkartellen hatten was damit als Voraussetzung für die gewaltsame Räumung der Gemeinde ausreichte. In einem Communiqué kritisierte die Internationale JuristInnenkommission diese Vorgehensweise stark und wies darauf hin, dass ohne eine klare Beweislage einfach angenommen wurde, dass alle Gemeindemitglieder mit den Kartellen zusammenarbeiten würden, womit nun die gesamte Gemeinde unter den Folgen der Räumung zu leiden habe. Bisher sind kaum Details über die Situation der betroffenen Gemeindemitglieder bekannt geworden. Nach Augenzeugenberichten von Personen die einen Lokalausgang vornahmen, sei ein Teil der Familien aus Angst vor weiteren Übergriffen in die umliegenden Wäldern geflüchtet. Die JuristInnenkommission weist zudem auf einen möglichen Zusammenhang mit den bestehenden und geplanten Mega-Projekten in dieser Gegend hin – vier Wasserkraftwerke entlang des Fluss Usumacinta, das Mega-Tourismusprojekt 4 Balam und sowie der Erdölabbau des französisch-britischen Konzerns Perenco.

Übergriffe auf geräumte Gemeinden im Polochic gehen weiter

Im März dieses Jahres wurden an die 800 Familien aus 14 Gemeinden im Polochic-Tiefland, Alta Verapaz, von über 200 Polizisten und 400 Militärs gewaltsam geräumt.¹ Laut Gesetz liegt es in staatlicher Verantwortung, nach einer Räumung den Betroffenen neues Land zur Verfügung stellen, auf dem sie sich ansiedeln können. Die Gemeindemitglieder des Polochic-Tals leben jedoch bis heute weiterhin auf der Straße. Einige begannen Teile des Landes erneut zu besetzen, da ihnen keine andere Möglichkeit zum Überleben bleibt. Im Juni wurden von der Interamerikanischen Menschenrechtskommission (CIDH) Sicherheitsvorkehrungen für die an die 800 Familien angeordnet, die allerdings bis heute nicht umgesetzt wurden.

Die Übergriffe auf die betroffenen Gemeinden gingen nach den Räumungen weiter. Am 13. Mai wurden BewohnerInnen der Gemeinde Agua Caliente vom Sicherheitspersonal des Unternehmens Chabil Utzaj mit Schusswaffen attackiert. An besagtem Tag überflogen am Nachmittag drei Helikopter die Gemeinden und zerstörten die Maisfelder. Ein paar Tage darauf wurde Oscar Reyes vom Sicherheitspersonal des Unternehmens ermordet und weitere Gemeindemitglieder schwer verletzt. Laut ZeugInnenaussagen waren diese Wachleute auf der Suche nach den Gemeindeführern, da diese aber nicht auffindbar waren, begannen sie wahllos Schüsse abzufeuern.

In der Nacht vom 4. auf den 5. Juni wurde die Gemeindeführerin María Margarita Che Chub von bewaffneten Männern von einem Motorrad aus in ihrem Haus erschossen. Unklar ist, ob diese Tat im Zusammenhang mit den Konflikten mit dem Unternehmen Chabil Utzaj steht. Allerdings verdeutlicht ihre Ermordung die unsichere Lage und die hohe Gewaltbereitschaft

¹ Siehe Newsletter 1-2011

gegenüber GemeindeführerInnen in der Region. Schließlich kam es im August zu einem erneuten Übergriff gegen die BewohnerInnen der Gemeinde Paraná, wobei mindestens drei Personen schwer verletzt wurden, darunter ein neunjähriges Mädchen, und das Hab und Gut der BewohnerInnen zerstört wurde. Die BewohnerInnen des Polochic-Tals fühlen sich durch diese Attacken in die Jahre des Bürgerkrieges zurückversetzt. Einige Organisationen gehen weiter und bezeichnen sie als eine Fortführung des Genozids gegen die Bevölkerung Guatemalas. Die BäuerInnenorganisation CUC (*Comité de Unidad Campesina*) und andere Menschenrechtsorganisationen klagen die Existenz von paramilitärischen Einheiten in der Region an, die sie in Verbindung mit dem Zuckerrohrproduzenten Chabij Utzaj bringen. Trotz heftiger Kritiken zeigt der Staat keinen Willen Lösungen für diese Konflikte zu suchen und das Leben seiner BürgerInnen zu garantieren.

Das Unternehmen Chabil Utzaj weist jedoch jegliche Verantwortung dieser Übergriffe zurück. Mittlerweile hat das Unternehmen, welches die Räumung der Gemeinden angefordert hat, da es dieses Territorium für sich beansprucht, einen Großteil der Anteile des Betriebes an das nicaraguanische Konglomerat Pellas verkauft, einen der wichtigsten Agrotreibstoff-Produzenten in Zentralamerika. Dieser plant an die 2000 neue Arbeitsplätze in der Region zu schaffen. Der Direktor der CUC sieht dahinter aber die Strategie, die hohe Verschuldung des Unternehmens Chabij Utzaj in der *Banco Centroamericano de Integración Económica* (BCIE) mit Hilfe neuer Partner begleichen zu können, und bezweifelt, dass die neue Leitung von den gewalttätigen Aktionen und der Verletzung der Menschenrechte der Gemeinden Abstand nehmen wird.

Goldabbau in San Marcos geht ungebremst weiter

Im Juli gab das Energie- und Bergbauministerium bekannt, dass es keine Gründe gebe, die Mine Marlin in San Miguel Ixtahuacán, San Marcos, zu schließen. Vor bereits über einem Jahr brachte die Forderung der Interamerikanischen Menschenrechtskommission (CIDH), die Mine zu schließen, einen Hoffnungsschimmer für die betroffenen Gemeinden. Die Ergebnisse der Umweltprüfungen staatlicher Instanzen ergaben allerdings, dass das Unternehmen keine Umwelt- und Gesundheitsschäden in der umliegenden Region verursachte. Das Unternehmen Montana, eine Tochtergesellschaft des kanadischen Bergbauunternehmens Goldcorp, das die Mine betreibt, hat unterdessen seine Medienpräsenz weiter erhöht und hebt seine Entwicklungsprojekte in den Gemeinden hervor.

Die Entscheidung des Ministeriums stellt einen Rückschritt für die Gemeinden dar, die seit Jahren gegen Montana im Widerstand sind. Dazu nahmen die Übergriffe und Drohungen gegenüber Mitgliedern des Widerstands gegen die Mine zu, wie der tragische Mordanschlag auf Diodora Hernández Cinto im Juli 2010 oder die Vorfälle zu Beginn dieses Jahres verdeutlichen. Im Februar hatten zahlreiche Gemeindeglieder erneut friedlich für die Einhaltung der von der Interamerikanischen Menschenrechtskommission geforderten Sicherheitsvorkehrungen sowie für die Schließung des Unternehmens auf den Zufahrtsstraßen der Mine protestiert. Auf ihrem Heimweg wurden sie von Gemeindegliedern aus Siete Platos, die das Minenprojekt sehr unterstützen, festgehalten und bedroht. Die Lage vor Ort hatte sich noch in derselben Nacht ohne weitere Ausschreitungen beruhigt. Allerdings hinterließ dieser Übergriff große Ängste bei den Festgehaltenen. Dieser Vorfall verdeutlicht die extremen Spaltungen zwischen und innerhalb der Gemeinden, die vom Unternehmen teilweise bewusst provoziert wurden. Trotzdem gehen die Proteste gegen den kanadischen Konzern weiter.

Der Widerstand in San Marcos ist nur einer von vielen. In verschiedenen Landesteilen mobilisieren sich die Gemeinden und drücken ihren Unmut gegen die Präsenz von Megaprojekten in ihrem Territorium aus. Vor allem klagen sie an, dass sie nie frühzeitig darüber informiert und konsultiert wurden, wie es laut nationaler und internationaler Gesetzeslage

vorgeschrieben ist. Bis heute wurden bereits an die 60 Volksbefragungen, *Consultas Populares*, von den Gemeinden organisiert, in denen beinahe eine Million Frauen, Männer und Kinder sich gegen den Abbau ihrer natürlichen Ressourcen ausgesprochen haben.

Ende Februar präsentierte der Präsident einen Entwurf für die Regulierung dieser Volksbefragungen, der jedoch auf große Ablehnung stieß. Der Entwurf sieht vor, dass die lokalen Autoritäten, mit auserwählten Gemeindemitgliedern, diese Befragungen nach einem strikten Ablauf organisieren sollen. Damit würde der gesamte Informations- und Sensibilisierungsprozess, der bisher meist von den Gemeinden selbst in die Hand genommen wurde, nun von staatlichen Instanzen organisiert werden. Allerdings ist das Vertrauen in die Regierung sehr gering. Es wird bezweifelt, dass diese Instanzen im Interesse der Gemeinden handeln würden, und befürchtet, dass sie eher dem neoliberalen Kurs der Regierung folgen würden. In vielen der bereits abgehaltenen Volksbefragungen hatten die Gemeinden keine Unterstützung von der Bezirksregierung erhalten. Außerdem klagen die Nichtregierungsorganisationen und die Gemeinden, dass sie nicht in den Prozess der Erarbeitung dieses Entwurfs eingebunden wurden und ihnen schließlich nur 30 Tage vom Präsidenten gegeben wurden, um ihre Kritiken und Vorschläge einzubringen. Vor allem würde dieser Entwurf eine Delegitimierung der bereits bisher abgehaltenen *Consultas* bedeuten.

Der starke Widerstand gegen diesen Entwurf konnte inzwischen einen großen Erfolg verzeichnen. Der „Rat der Völker des Okzident“ (CPO-*Consejo de los Pueblos del Occidente*) reichte einen Einspruch beim Verfassungsgerichtshof ein, in dem er argumentierte, dass der Entwurf gegen die in der ILO-Konvention 169 verankerten Rechte der indigenen Gemeinden verstoße. Der Verfassungsgerichtshof hat dem Einspruch einstweilen stattgegeben und den Prozess vorerst auf Eis gelegt.

Fortschritte in der Aufklärung der Verbrechen des Bürgerkriegs

Nach jahrzehntelanger Straflosigkeit der Menschenrechtsverletzungen und des Genozids an der Maya-Bevölkerung, die während des Bürgerkriegs in Guatemala (1960-96) verübt wurden, konnten in diesem Jahr große Fortschritte in der Aufklärung dieser Gräueltaten erzielt werden.

Am 2. August 2011 wurden vier ehemalige Militärangehörige zu 6060 Jahren Haft verurteilt. Carlos Manuel Carías, Leiter des Militärstützpunktes Las Cruces, La Libertad, und drei ehemalige Mitglieder der Kaibiles, einer Eliteeinheit des guatemalteckischen Heeres, wurden für schuldig befunden, am Massaker in Dos Erres, La Libertad, Petén, am 7. Dezember 1982 beteiligt gewesen zu sein. Dabei wurden mindestens 252 Frauen, Männer und Kinder ermordet. Die über 6000 Jahre ergeben sich aus je 30 Jahren für die Ermordung der 201 identifizierten Opfer des Massakers (und 30 weiteren Jahren für die Schwere des Verbrechens). Effektiv bedeutet das die Höchststrafe von 50 Jahren für jeden Verurteilten.

Die Klage wurde bereits im Jahr 1994 von FAMDEGUA (*Asociación Familiares de Detenidos-Desaparecidos de Guatemala*) eingereicht und wurde im Laufe der Jahre mit beinahe 50 Einsprüchen von Seiten der Verteidigung in die Länge gezogen. Zu Beginn des Jahres 2010 fällte der Interamerikanische Menschenrechtsgerichtshof ein Urteil gegen den guatemalteckischen Staat und forderte diesen auf den Nachforschungen ernsthaft nachzugehen. Kurz darauf wurden Haftbefehle gegen 17 ehemalige Militärs, großteils Mitglieder der Eliteeinheit Kaibil, ausgestellt. Neben den vier bisher verurteilten ehemaligen Militärs wurde bereits eine weitere Person aus den USA nach Guatemala deportiert und festgenommen. Der Prozess wird demnächst eröffnet. Dazu konnten noch weitere Verdächtige in den USA und in Kanada ausfindig gemacht werden.

In diesem Jahr konnten auch in anderen wichtigen Fällen zur Aufklärung der Verbrechen des Bürgerkrieges wichtige Schritte erzielt und einige hochrangige Mitglieder der Militär- und

Polizeieinheiten festgenommen werden. Im Juni wurde der General Héctor López Fuentes², ehemaliger Generalstabschef unter der Regierung von General Efraín Ríos Montt, festgenommen. Damit konnte erstmals einer der Hauptverantwortlichen für den während des Bürgerkrieges verübten Genozid gefasst werden, wobei der Prozessbeginn für September festgesetzt wurde.

Außerdem wurde der ehemalige Polizeichef Héctor Bol de la Cruz (1983-85) gefangen genommen. Unter seiner Leitung wurden zahlreiche Entführungen und außergerichtliche Hinrichtungen angeordnet. Ihm wird unter anderem das gewaltsame Verschwindenlassen des Gewerkschafts- und Studentenführers Edgar Fernando García am 18. Februar 1984 angelastet. Mit Pedro García Arredondo konnte ein weiteres Mitglied der heute nicht mehr existierenden Nationalpolizei (*Policía Nacional*) hinter Gitter gebracht werden. Ihm wird angelastet, für repressive Aktionen gegen StudentInnen, GewerkschafterInnen und FührerInnen sozialer oder religiöser Bewegungen während der Jahre 1974-78 mitverantwortlich zu sein.

Zuletzt wurden im August fünf ehemalige Mitglieder der Zivilpatrouillen PAC (*Patrullas de Autodefensa Civil*) gefasst, denen die Beteiligung an dem Massaker in Plan de Sánchez, Rabinal, im Juli 1982 angelastet wird. Dabei wurden mindestens 268 Frauen, Männer und Kinder ermordet.

Wahlkampf 2011

Am 11. September werden in Guatemala erneut Wahlen abgehalten – gewählt werden der Präsident, Abgeordnete des Landtags, des Kongresses und des zentralamerikanischen Parlaments. Der Wahlkampf ist bereits seit Monaten in vollem Gang, obwohl der offizielle Beginn Anfang Mai war. Im ganzen Land lächeln einem die KandidatInnen der über 20 Parteien von Plakaten entgegen, Felsen und Bäume wurden mit den Farben orange, rot, grün oder gelb bemalt und in den Radio- und Fernsehgeräten verkünden die KandidatInnen ihre Wahlsprüche. Zu den täglich stattfindenden Wahlkampfveranstaltungen wurden die Menschen in Mengen hingekarrt und mit Geschenken versucht ihre Stimme zu gewinnen.

Im Vordergrund stehen auch dieses Mal Sicherheit und Ordnung, die mit der Strategie der *Mano Dura* (der harten Hand) – Aufstockung des Heeres, Einführung der Todesstrafe, Gesetze gegen Jugendbanden, etc. – erreicht werden sollen. Beinahe allen Parteien werden jedoch Verbindungen zum organisierten Verbrechen und zu Drogenkartellen, welche unter anderem den Wahlkampf finanzieren, nachgewiesen.

General Otto Pérez Molina führt mit seiner *Partida Patriota* (PP) die Umfragen bisher mit großem Vorsprung an. Die Partei ist bemüht die Vergangenheit ihres Kandidaten zu vertuschen. Pérez Molina war Leiter des Militärstützpunkts in Nebaj, Quiché, einer vom Bürgerkrieg stark betroffenen Region. In den 1990er Jahren war er Leiter des Geheimdienstes G2 und wird beschuldigt, für das gewaltsame Verschwindenlassen des Guerrilla-Mitglieds Efraín Bamaca im Jahr 1994 mitverantwortlich zu sein. Er wird auch mit der Ermordung von Erzbischof Juan Gerardi in Verbindung gebracht, der nur zwei Tage nach der Präsentation des Wahrheitsberichts „Guatemala-Nunca Mas“ der katholischen Kirche ermordet wurde. Einige MenschenrechtsaktivistInnen reichten eine Klage vor dem Sonderberichterstatter der UNO gegen Folter ein, die Pérez Molinas Ansehen bisher jedoch kaum geschadet hat. Die PP hat außerdem volle Unterstützung der guatemalteckischen Medienlandschaft sowie des Privatsektors.

Auf der anderen Seite gibt es für Pérez Molina auch keine nennenswerte Konkurrenz um das Präsidenschaftsamt. Für die Wahl zugelassen sind neben ihm weitere zehn KandidatInnen, beinahe alle aus dem neoliberalen und konservativen Sektor. (unter anderem Manuel Baldizón (LIDER), Eduard Suger (CREO), Manuel Estrada (UCN), Patricia Arzu (PU), Juan Guillermo

² Ein historischer Moment im Kampf gegen die Straflosigkeit in Guatemala; Guatemala-Solidarität, Juni 2011

Gutiérrez (PAN) und als einzige Kandidatin der Linken Rigoberta Menchú (*Frente Amplio de la Izquierda*).

Ende Juli lehnte der Verfassungsgerichtshof, nach einer groß aufgebauschten Medienschlacht, die Einschreibung von Sandra Torres, Ex-Frau des Präsidenten Alvaro Colóm, als Präsidentschaftskandidatin ab. Das Ehepaar Colom ließ sich im März dieses Jahres scheiden, damit ihrer Einschreibung nichts im Wege stehe. Allerdings dürfen laut Verfassung unmittelbare Verwandte des Präsidenten nicht zur Wahl zugelassen werden, womit nach dem Entscheid des Verfassungsgerichtshofes die wahrscheinlich stärkste Konkurrenz von Pérez Molina ausgeschaltet wurde.

Auch die einzige linke Partei in der Runde hatte zunächst Schwierigkeiten mit der Einschreibung ihrer Kandidatin, da angeblich Fehler in den eingereichten Dokumenten aufgetreten sind. Schließlich wurde die Friedensnobelpreisträgerin Rigoberta Menchú Anfang August zugelassen. Das Wahlbündnis *Frente Amplio de la Izquierda* wurde zu Beginn dieses Jahres gegründet und wird von Menchú angeführt. Einige der an die 60 beteiligten Organisationen und politischen Parteien kritisierten allerdings die dominante Rolle Winaq's, der Partei von Menchú, in dem Bündnis. Auf Grund von Unstimmigkeiten und internen Konflikten traten bereits mehrere Gruppierungen aus diesem Zusammenschluss aus.

Der Wahlkampf und die Propaganda der verschiedenen Parteien dominieren derzeit die Medien und sind Gesprächsthema Nummer Eins. Die Wahrscheinlichkeit eines Sieges von General Otto Pérez Molina ist groß und löst vor allem in den Reihen der Menschenrechtsorganisationen sowie unter der von den Militäroffensiven während des bewaffneten Konflikts betroffenen Bevölkerung große Unsicherheit aus. Von vielen Seiten wird befürchtet, dass die Fortschritte in der Aufklärung der Fälle der Vergangenheit, die bis heute erzielt werden konnten, erneut blockiert werden.